

## Teil C: Beratervertrag

Zwischen der

Stadt Burgdorf, Vor dem Hannoverschen Tor 1, 31303 Burgdorf, vertreten durch  
den Bürgermeister Armin Pollehn

- nachstehend „Auftraggeberin“ genannt -

und

- nachstehend „Auftragnehmer“ genannt -

über die

**Konzeption, Einrichtung und Umsetzung des Citymanagements für das Sanierungsgebiet Innenstadt Burgdorf**

## Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand .....	3
§ 2 Bestandteile und Grundlagen dieses Vertrages .....	3
§ 3 Leistungen des Auftragnehmers, Zusammenarbeit .....	3
§ 4 Allgemeine Vertragspflichten .....	4
§ 5 Organisation .....	5
§ 6 Vertragslaufzeit .....	5
§ 7 Vergütungs- und Zahlungsmodalitäten .....	6
§ 8 Preisanpassung .....	7
§ 9 Änderung der vereinbarten Leistungen .....	8
§ 10 Beseitigung von Mängeln .....	8
§ 11 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers .....	9
§ 12 Kündigung .....	10
§ 13 Urheberrechte .....	11
§ 14 Geheimhaltung, Datenschutz .....	12
§ 15 Schlussbestimmungen .....	12

## § 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages ist die Konzeption, Einrichtung und Umsetzung des Citymanagements für das Sanierungsgebiet Innenstadt Burgdorf.

## § 2 Bestandteile und Grundlagen dieses Vertrages

- (1) Art und Umfang der beiderseitigen Leistungen werden durch diesen Vertrag bestimmt.
- (2) Die Rechte und Pflichten der Vertragspartner ergeben sich aus den Regelungen dieses Vertrages und den weiteren Vergabeunterlagen. Bei nicht auflösbaren Widersprüchen gelten in nachstehender Reihenfolge mit Wirkung einer Rangfolge die folgenden Regelungen:
  - a) Die Regelungen dieses Vertrages,
  - b) sämtliche Unterlagen des vorausgegangenen Vergabeverfahrens, insbesondere die Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen, sowie die Bieterinformationen (**Anlage 1**),
  - c) das Angebot des Auftragnehmers im vorangegangenen Vergabeverfahren (**Anlage 2**).
- (3) Soweit die einzelnen Leistungen und Pflichten nicht abschließend geregelt sind, gelten insoweit ergänzend die Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB).
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Vertragsbestandteile auf Widersprüche, Unstimmigkeiten und Unklarheiten zu prüfen und der Auftraggeberin für den Fall, dass solche vorliegen, möglichst vor Ausführung der betroffenen Leistungen hierüber zu informieren. Etwaige Widersprüche oder sonstige Unklarheiten haben die Parteien möglichst umgehend einer Klärung zuzuführen und über die Art und den Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu entscheiden.

## § 3 Leistungen des Auftragnehmers, Zusammenarbeit

- (1) Der Auftragnehmer erbringt für die Auftraggeberin die in den Vergabeunterlagen der Auftraggeberin (**Anlage 1**) beschriebenen Leistungen zu den Konditionen und Modalitäten gemäß seines Angebots (**Anlage 2**).
- (2) Die Vertragspartner bekunden ausdrücklich ihre Absicht, den Vertragsgegenstand (§ 1) nach besten Kräften in gemeinschaftlicher und kooperativer Zusammenarbeit zu erbringen.

- (3) Die Vertragspartner verpflichten sich zu einer allseits unterstützenden, vertrauensvollen und konstruktiven Kommunikation miteinander und gegenüber sonstigen beteiligten Dritten. Dies kommt auch in der Außenkommunikation zum Ausdruck; Inhalte, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Marketingmaßnahmen stehen, werden vorab abgestimmt.
- (4) Die Vertragspartner tauschen untereinander alle Informationen aus, die zur Durchführung der Zusammenarbeit erforderlich sind. Etwaige Drittbeauftragte werden seitens der Vertragspartner zu einer vergleichbaren Transparenz gegenüber der jeweils anderen Vertragspartnerin verpflichtet.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an den einberufenen Projektbesprechungen teilzunehmen.
- (6) Der Auftragnehmer erstellt regelmäßig entsprechend der Vereinbarungen Berichte über seine Tätigkeit. Im Übrigen ist er gegenüber der Auftraggeberin zur umfassenden Unterrichtung, Beratung und Dokumentation aller die Durchführung seiner Aufgaben betreffenden Angelegenheiten verpflichtet.
- (7) Der Auftragnehmer gewährleistet der Auftraggeberin auf Anfrage jederzeit Einblick in den aktuellen Stand des Projektes.

#### **§ 4 Allgemeine Vertragspflichten**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den neuesten Stand der Wissenschaft und die anerkannten fachlichen Regeln sowie die jeweils geltenden Gesetze und Verordnungen zu berücksichtigen.
- (2) Sollte der Auftragnehmer während der Dauer des Vorhabens das Personal auswechseln wollen, so hat er hierzu das Einvernehmen der Auftraggeberin einzuholen. Diese ist nicht berechtigt, die Einwilligung ohne wichtigen Grund zu verweigern. Insbesondere hat der Auftragnehmer einen in der Qualifikation und Berufserfahrung gleichwertigen Ersatz vorzuschlagen.
- (3) Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen selbst zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin ist eine Übertragung von Leistungen an Dritte (Nachunternehmer oder freie Mitarbeiter) zulässig. Bei zulässiger Unterbeauftragung ist der Auftragnehmer verpflichtet, der Auftraggeberin den insoweit übertragenen Leistungsanteil offen zu legen und mit dem Dritten die gleichen Vertragsbedingungen zu vereinbaren wie mit der Auftraggeberin.

## § 5 Organisation

- (1) Für die Organisation des Auftrags wird auf die Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin (**Anlage 1**) verwiesen.
- (2) Über die dort dargelegten Ziele hinaus vereinbaren die Parteien bis zum 3. Quartal eines jeden Jahres die für das folgende Jahr zu erreichenden Ziele. Für das erste Jahr vereinbaren die Parteien in den ersten 2 Monaten nach Beginn der Zusammenarbeit die zu erreichenden Ziele.
- (3) Der Auftragnehmer erstellt über die in der Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin (**Anlage 1**) geregelte Berichtspflicht hinaus einen Jahresbericht. Der Jahresbericht ist fällig bis zum 15.02. eines jeden Jahres für das jeweils vorangegangene Jahr.
- (4) Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Entwicklung beinhalten die zu erstellenden Berichte in der Regel:
  1. Beschreibung der Tätigkeit;
  2. Beschreibung der Entwicklung;
  3. Ergebnisse von Austauschtreffen mit den ansässigen Akteuren;
  4. Liste von Veranstaltungen;
  5. Auskunft über Zielerreichung;
  6. Akteursmatrix (Kontaktdaten und Themenbereiche) mit Rollen.
- (5) Zwischenberichte sind in der Regel kürzer zu fassen.

## § 6 Vertragslaufzeit

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Erteilung des Zuschlags im vorangegangenen Vergabeverfahren mit Wirkung zum 01.01.2027 in Kraft.
- (2) Der Vertrag hat eine Grundlaufzeit von drei Jahren.
- (3) Der Vertrag kann anschließend bis zu zwei Mal um jeweils ein Jahr verlängert werden. Eine Verlängerung ist immer um jeweils ein Jahr möglich.
- (4) Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Verlängerung besteht nicht. Der Vertrag verlängert sich stillschweigend, wenn die Auftraggeberin diesen nicht mit einer Frist von 6 Monaten vor Ablauf vorher kündigt.

- (5) Der Vertrag ist auf eine Laufzeit von insgesamt 5 Jahren beschränkt. Nach Ablauf dieser 5 Jahre bedarf es keiner gesonderten Ausübung der Kündigung durch die Auftraggeberin, der Vertrag endet mit Ablauf der 5 Jahre automatisch.

### **§ 7 Vergütungs- und Zahlungsmodalitäten**

- (1) Die Vergütung des Auftragnehmers für die mit diesem Vertrag beauftragten Leistungen (§ 3 des Vertrages) erfolgt innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets und richtet sich nach dem Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2), ergänzend nach diesem Vertrag und den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Die Rechnungsstellung erfolgt quartalsweise zum Ende eines Kalendervierteljahres (31.03., 30.06., 30.09., 31.12.) auf Grundlage eines prüffähigen und nachvollziehbaren Tätigkeitsnachweises, der auch die Tätigkeiten und die geleisteten Stunden enthält. Der Tätigkeitsnachweis ist der Rechnung beizufügen und muss mindestens folgende Angaben enthalten:
- a) Zeitraum der Abrechnung,
  - b) Aufschlüsselung der erbrachten Leistungen nach Aufgabenfeldern und kurze Erläuterung der durchgeführten Tätigkeiten,
  - c) Anzahl der geleisteten Stunden je Aufgabenfeld und Personalkategorie,
  - d) Nachweis der vereinbarten Präsenzzeiten,
- (3) Mit der Vergütung sind sämtliche Aufwendungen des Auftragnehmers abgegolten. Reisekosten, Aufwendungen für Ausstattung, Büromaterialien, Kommunikationskosten sowie sonstige Kosten werden von der Auftraggeberin nicht gesondert erstattet.
- (4) Zwischen den quartalsweisen Abrechnungen kann der Auftragnehmer monatliche Abschlagszahlungen in angemessener Höhe verlangen. Voraussetzung für die Gewährung von Abschlagszahlungen ist die Vorlage einer prüffähigen Abschlagsrechnung mit Tätigkeitsnachweis. Die Abschlagsrechnung muss den Anforderungen des Absatzes 2 entsprechen. Abschlagszahlungen werden auf die quartalsweise Endabrechnung angerechnet.
- (5) Rechnungen sind von der Auftraggeberin innerhalb einer Frist von einem Monat nach Rechnungseingang zu begleichen.
- (6) Nach Vertragsschluss ggf. von der Auftraggeberin noch beauftragte zusätzliche Leistungen werden nur vergütet, wenn hierfür vor Ausführung von der Auftraggeberin ein Auftrag an den Auftragnehmer erteilt wurde. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit

zusätzlichen Leistungen besteht für den Auftragnehmer nicht. Für die in Satz 1 aufgeführten Leistungen soll eine Pauschalvergütung vor Ausführung vereinbart werden, die sich am voraussichtlichen Zeitaufwand orientiert.

## **§ 8 Preisanpassung**

- (1) Die in Anlage D05 (Preisblatt) genannten Stundensätze (netto) können angepasst werden, wenn sich nach Vertragsschluss die für die Erbringung der vertraglichen Leistungen maßgeblichen Kosten wesentlich verändert haben. Eine Anpassung ist frühestens 12 Monate nach Leistungsbeginn (01.01.2027) und danach jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres möglich.
- (2) Eine wesentliche Kostenveränderung liegt vor, wenn die nachgewiesene Veränderung der auftragsbezogenen Personalkosten (einschließlich Lohnnebenkosten) mindestens 2,5 % beträgt; Kostensteigerungen und Kostensenkungen sind gleichermaßen zu berücksichtigen. Nicht berücksichtigungsfähig sind Kalkulationsfehler, das allgemeine Unternehmerrisiko sowie Kostenbestandteile, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der vertraglich geschuldeten Leistung stehen.
- (3) Die Anpassung der Stundensätze erfolgt einheitlich für alle Personalkategorien in Höhe des prozentualen Anstiegs, um den sich die Tabellenentgelte der Entgeltgruppe 11, Stufe 3 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVÖD VKA) in der jeweils geltenden Fassung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr erhöhen; maßgeblich ist allein dieser prozentuale Steigerungssatz zum 1. Januar des Anpassungsjahres. Eine Anpassung, die über diesen Steigerungssatz hinausgeht, ist ausgeschlossen. Die Anpassung ist zudem auf maximal 3 % pro Anpassungsschritt und kumuliert auf maximal 12 % über die gesamte Vertragslaufzeit begrenzt; übersteigt der tarifliche Steigerungssatz diese Grenzen, trägt der Auftragnehmer den Differenzbetrag.
- (4) Der Auftragnehmer hat einen Anpassungsantrag bis spätestens zum 31. Oktober des laufenden Jahres schriftlich zu stellen und dabei die aktuelle Entgelttabelle des TVÖD VKA für die Entgeltgruppe 11, Stufe 3 vorzulegen, aus der sich der maßgebliche Steigerungssatz ergibt; die Auftraggeberin prüft den Antrag und teilt dem Auftragnehmer das Ergebnis bis zum 31. Dezember mit. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet auf Antrag einer Partei eine durch die Auftraggeberin als Schiedsperson benannte Stelle.
- (5) Die in der Leistungsbeschreibung und in diesem Vertrag festgelegten Höchstbeträge von 80.000 EUR brutto pro Jahr und 400.000 EUR brutto über die gesamte Laufzeit werden durch eine Preisanpassung nicht erhöht; erhöht sich der Stundensatz, reduziert sich die abrufbare Stundenzahl entsprechend. Die Auftraggeberin teilt dem Auftragnehmer die sich ergebende maximale Stundenzahl für das jeweilige Jahr bis zum 31. Januar mit.

Der Auftragnehmer hat seine Personaleinsatzplanung darauf abzustimmen; die in der Leistungsbeschreibung vorgesehene Mindestpräsenz von 12 Stunden pro Woche im Sanierungsgebiet ist dabei in jedem Fall einzuhalten. Eine Unterschreitung dieser Mindestpräsenz berechtigt die Auftraggeberin zur Minderung der Vergütung gemäß § 10.

- (6) Macht die Auftraggeberin eine kostenbedingte Herabsetzung der Stundensätze geltend, gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend; der Auftragnehmer hat in diesem Fall die für die Herabsetzung maßgeblichen Kalkulationsgrundlagen offenzulegen. Ein Anspruch auf Anpassung besteht nur auf schriftlichen Antrag und nur in der nachgewiesenen Höhe; im Übrigen verbleibt es bei den vereinbarten Stundensätzen.

### **§ 9 Änderung der vereinbarten Leistungen**

- (1) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, beim Vorliegen wichtiger Gründe über Änderungen der vereinbarten Leistungen und davon abhängige Änderungen des Zeitplanes zu verhandeln, soweit dies vergaberechtlich zulässig ist.
- (2) Ebenso kann über eine Nachbeauftragung nach Abschluss des Projektes verhandelt werden, soweit dies vergaberechtlich zulässig ist.

### **§ 10 Beseitigung von Mängeln und Sanktionen bei Qualitätsmängeln**

- (1) Der Auftragnehmer haftet der Auftraggeberin für die vollständige und mangelfreie Erfüllung des Auftrages. Mangelfrei ist die Erfüllung, wenn die in der Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin (Anlage 1) geregelten Ziele und die nach § 5 Abs. 2 vereinbarten Ziele laufend erreicht werden und die nachfolgend definierten Qualitätsstandards eingehalten werden.
- (2) Die Qualität der Leistungen des Auftragnehmers bemisst sich nach
- a. der Erreichung der in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) geregelten Ziele,
  - b. der Erreichung der jährlich nach § 5 Abs. 2 vereinbarten Ziele,
  - c. der Einhaltung der vereinbarten Präsenzzeiten und Berichtspflichten,
  - d. der Qualität der Zusammenarbeit mit der Auftraggeberin und den beteiligten Akteuren.
- (3) Die Auftraggeberin überprüft regelmäßig die Qualität der erbrachten Leistungen. Die Überprüfung erfolgt im Rahmen der monatlichen Jour-Fixe-Termine und des Jahresberichts. Die Auftraggeberin kann bei Bedarf zusätzliche Qualitätsprüfungen durchführen und Zwischenberichte einfordern.



- (4) Soweit Mängel vorliegen, hat der Auftragnehmer diese auf Verlangen der Auftraggeberin ohne zusätzliches Entgelt zu beheben. Der Auftragnehmer ist zur Nachbesserung in angemessener Frist verpflichtet. Führen die von dem Auftragnehmer vorgenommenen Nachbesserungen auch bei einem zweiten Nachbesserungsversuch nicht zur vollständigen Beseitigung der von der Auftraggeberin festgestellten Mängel, so kann die Auftraggeberin
- a. eine Abmahnung mit Fristsetzung zur Mängelbeseitigung aussprechen oder
  - b. eine Minderung der Vergütung erklären.

Die Höhe der Minderung bemisst sich nach dem Umfang der Mangelhaftigkeit der Leistung. Im Streitfall über die Höhe der Minderung entscheidet eine von den Vertragsparteien gemeinsam benannte Schiedsperson. Können sich die Vertragsparteien innerhalb eines Monats nach der schriftlichen Feststellung der Uneinigkeit durch eine Vertragspartnerin nicht auf eine Schiedsperson einigen, so ist die Auftraggeberin berechtigt, eine Schiedsperson zu benennen. Die Kosten der Schiedsperson trägt die unterlegene Partei.

- (5) Der Anspruch auf Beseitigung der Mängel muss von der Auftraggeberin unverzüglich geltend gemacht werden.
- (6) Bei wiederholten oder schweren Qualitätsmängeln kann die Auftraggeberin zusätzlich zu den Rechten nach Absatz 4 den Vertrag außerordentlich kündigen.
- (7) Weitergehende gesetzliche Ansprüche der Auftraggeberin auf Schadensersatz bleiben hiervon unberührt.

### **§ 11 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers**

- (1) Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen und müssen mindestens betragen:
- |                                 |               |
|---------------------------------|---------------|
| - Für Personen- und Sachschäden | 2.000.000 EUR |
| - Für Vermögensschäden          | 1.000.000 EUR |
- (2) Der Auftragnehmer hat die vorstehend genannte Haftpflichtversicherung über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten und der Auftraggeberin durch Vorlage eines Versicherungsscheines seines Versicherungsunternehmens auf Verlangen jederzeit bis zur Beendigung der Leistungen nachzuweisen. Die Vorlage eines solchen Nachweises ist Voraussetzung für das Entstehen eines Anspruchs auf Zahlung jeder Art.

- (3) Kann der Auftragnehmer den Abschluss oder Fortbestand der Haftpflichtversicherung trotz Aufforderung nicht nachweisen, gibt dies der Auftraggeberin nach erfolgloser Nachfristsetzung und Kündigungsandrohung ein sofortiges außerordentliches Kündigungsrecht des Vertrages.

## **§ 12 Kündigung**

- (1) Die ordentliche Kündigung während der Grundlaufzeit von drei Jahren ist ausgeschlossen.
- (2) Hiervon unberührt bleibt eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund. Das Vertragsverhältnis kann von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund gekündigt werden, wenn Tatsachen vorliegen, auf Grund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Vertragspartner die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann.
- (3) Soweit die für die Finanzierung der Leistung erforderlichen Fördermittel nach dem Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) oder anderen Förderprogrammen nicht oder nicht in ausreichender Höhe bewilligt werden, ist die Auftraggeberin berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen. Das Kündigungsrecht besteht unabhängig davon, ob der Wegfall der Fördermittel vom Auftragnehmer zu vertreten ist. Im Falle der Kündigung nach dieser Vorschrift gilt § 12 Abs. 4 entsprechend.
- (4) Wird das Vertragsverhältnis aus Gründen beendet, die vom Auftragnehmer zu vertreten sind, hat der Auftragnehmer nur Anspruch auf Vergütung der bis zum Beendigungszeitpunkt erbrachten Einzelleistungen unter Anlegung des Maßstabs seines Angebots (Anlage 2). Voraussetzung ist,
- a. dass alle mit diesen Leistungen zusammenhängenden Unterlagen der Auftraggeberin vorliegen,
  - b. die Leistungen für die Auftraggeberin brauchbar sind und
  - c. die Leistungen einen eigenständigen Wert für die Auftraggeberin haben.

Brauchbar ist eine Leistung, wenn sie von der Auftraggeberin ohne weitere Bearbeitung durch den Auftragnehmer für den vertraglichen Zweck verwendet werden kann. Ein eigenständiger Wert liegt vor, wenn die Leistung auch ohne die noch nicht erbrachten Teilleistungen einen Nutzen für die Auftraggeberin entfaltet. Darüber hinausgehende Ansprüche des Auftragnehmers, insbesondere auf Schadensersatz wegen entgangenem Gewinn, sind ausgeschlossen.

- (5) In jedem Fall ist der Auftragnehmer dazu verpflichtet zum Vertragsende sämtliche im Rahmen des Auftrags erstellte Daten zu übergeben, Netzwerke zu dokumentieren und einen Übergabebericht zu erstellen.
- (6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

### **§ 13 Urheberrechte**

- (1) An den von dem Auftragnehmer und/oder den für ihn im Rahmen des Entwurfs tätigen Personen erbrachten urheberrechtlich geschützten Leistungen und Arbeitsergebnissen, wie insbesondere den Leistungen nach § 3, überträgt der Auftragnehmer auf die Auftraggeberin das ausschließliche, unwiderrufliche und sämtliche räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Verwertungs- und Nutzungsrecht. Mit eingeschlossen ist das Bearbeitungsrecht.
- (2) Die Rechtsübertragung nach Abs. 1 umfasst insbesondere das Recht der Auftraggeberin, die Leistungen und Arbeitsergebnisse – ganz oder in Teilen – zu vervielfältigen, zu veröffentlichen, zu verbreiten und öffentlich wiederzugeben, öffentlich zugänglich zu machen und zu senden.
- (3) Die Rechte nach Abs. 1 beinhalten weiterhin das Recht der Auftraggeberin, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen vorzunehmen, soweit damit keine Entstellung des Werkes verbunden ist und dies dem Auftragnehmer unter Abwägung der Urheber- und Eigentümerinteressen zuzumuten ist.
- (4) Die Auftraggeberin ist berechtigt, die Rechte nach Abs. 1 ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, sowie von Dritten ausüben zu lassen.
- (5) Mit der vereinbarten Vergütung dieses Vertrages sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers in Zusammenhang mit der Rechtsübertragung nach Abs. 1 abgegolten.
- (6) Der Auftragnehmer garantiert, dass die Auftraggeberin alle nach diesem Vertrag übertragenen Rechte und Befugnisse vollumfänglich erwirbt, diese weder ganz noch teilweise auf Dritte übertragen wurden oder mit Rechten Dritter belastet sind. Der Auftragnehmer stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen Dritter, insbesondere urheberrechtlicher Art, die gegen die Auftraggeberin erhoben werden sollten, frei. Ihm bekanntwerdende Beeinträchtigungen der vertragsgegenständlichen Rechte hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin unverzüglich mitzuteilen. Die Freistellung beinhaltet auch die Rechtsverfolgung/-verteidigung durch die Auftraggeberin, bzw. umfasst den Ersatz der der Auftraggeberin durch die notwendige Rechtsverfolgung/-verteidigung entstehenden bzw. entstandenen Kosten, soweit diese nicht von Dritten zu erstatten sind. Sonstige

Ansprüche der Auftraggeberin gegen den Auftragnehmer aus einer Garantieverletzung bleiben unberührt.

#### **§ 14 Geheimhaltung, Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), zu beachten. Der Auftragnehmer darf insbesondere die aufgrund dieses Vertrages erhobenen personenbezogenen Daten nur zum Zwecke der weiteren Vorbereitung und Durchführung des Projekts verwenden und diese Daten nur an die zuständigen Stellen zur Verwendung im Rahmen der gesetzlichen Zweckbindung weitergeben.
- (2) Die Vertragsparteien schließen eine gesonderte Auftragsverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Art. 28 DSGVO, die Bestandteil dieses Vertrages wird. Die AVV regelt im Einzelnen die Pflichten des Auftragnehmers als Auftragsverarbeiter, insbesondere die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die Unterrichtungspflichten und die Mitwirkungspflichten gegenüber der Aufsichtsbehörde.
- (3) Spätestens sechs Wochen nach Laufzeitende dieses Vertrages hat der Auftragnehmer die ihm überlassenen personenbezogenen Daten zu löschen oder der Auftraggeberin zurückzugeben und dies in geeigneter Form nachzuweisen. Die Löschungspflicht gilt nicht, soweit gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine längere Speicherung erfordern.
- (4) Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die mit der Datenverarbeitung beauftragten Personen mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und sie auf das Datengeheimnis schriftlich verpflichtet und dies der Auftraggeberin nachweist. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit fort.
- (5) Der Auftragnehmer darf Gutachten, Berichte und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse Ihrer Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung der Auftraggeberin im jeweiligen Einzelfall zur Kenntnis bringen.

#### **§ 15 Schlussbestimmungen**

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Eine Abbedingung dieser Bestimmung bedarf ebenfalls der Schriftform.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden oder sollte die Vereinbarung eine Lücke enthalten, so soll hiervon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht berührt werden. § 139 BGB ist abbedungen. An die Stelle der unwirksamen Klausel tritt die gesetzlich zulässige Regelung, die demjenigen, was die Parteien

bei Abschluss des Vertrages wollten, wirtschaftlich am nächsten kommt. Beruht die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß oder einer in diesem Vertrag normierten Zeit, so soll an dem Gewollten möglichst nahekommendes rechtlich zulässiges Maß oder eine rechtlich zulässige Zeit an die Stelle der vereinbarten Bestimmung treten. An die Stelle einer Lücke soll eine Regelung treten, die dem entspricht, was die Parteien nach Sinn und Zweck des Vertrages unter Berücksichtigung aller Umstände vereinbart hätten, wenn ihnen das Vorhandensein der Lücke bewusst gewesen wäre.

- (3) Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis ist der Sitz der Auftraggeberin.

Auftraggeberin	Auftragnehmer
<hr/>	<hr/>
(rechtsverbindliche Unterschrift)	(rechtsverbindliche Unterschrift)